Kommunalpolitische Positionen

für Krefeld und den Mittleren Niederrhein

IHK
Industrie- und Handelskammer
Mittlerer Niederrhein

Inhalt

Grußwort	3
Krefeld 2025 – regionalökonomisches Kurzprofil	4
Unsere Forderungen für die kommenden fünf Jahre	8
1. Kommunale Kosten und Leistungen	8
2. Harte Standortfaktoren	13
Regionale Flächenpolitik	18
Regionale Verkehrspolitik	22
3. Innenstadt und Handel	26
4. Bildung und Fachkräfte	30
Impressum	32

Sehr geehrte Damen und Herren,

die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer tiefgreifenden Strukturkrise. Das spüren auch unsere Unternehmen am Mittleren Niederrhein. Das bisherige Geschäftsmodell als exportorientierter Industriestandort steht zunehmend unter Druck. Hohe Energiepreise, steigende Arbeitskosten, eine vernachlässigte Infrastruktur und überbordende Bürokratie haben maßgeblich dazu beigetragen. Hinzu kommen globale Herausforderungen wie Kriege, Handelskonflikte und wachsender Protektionismus. Diese Entwicklungen treffen den außenhandelsstarken Wirtschaftsstandort Mittlerer Niederrhein besonders hart.

Wenn die internationalen Rahmenbedingungen schwieriger werden, ist es umso wichtiger, die lokalen Standortbedingungen für die Betriebe vor Ort zu stärken. Der Beginn der neuen kommunalpolitischen Wahlperiode im November 2025 ist in dieser Hinsicht eine große Chance. Wir appellieren an die Mitglieder der Kreis-, Stadt- und Gemeinderäte, an Landräte, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister der Region: Nutzen Sie die Jahre 2025 bis 2030, um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Ihrer Kommune spürbar zu verbessern. Unterstützen Sie Unternehmen durch eine serviceorientierte Verwaltung. Investieren Sie gezielt in kommunale Infrastruktur, damit Wirtschaftsverkehre reibungslos fließen. Schaffen Sie eine Bildungslandschaft, die jungen Menschen echte Zukunftschancen bietet. Machen Sie unsere Innenstädte zu attraktiven Orten mit hoher Aufenthaltsqualität – zu lebendigen Visitenkarten unserer Kommunen. Bei all diesen Zielen können Sie sich auf unsere Unterstützung verlassen.

Dieses Positionspapier haben wir gemeinsam mit unseren Mitgliedsunternehmen erarbeitet. In Workshops vor Ort sowie einem offenen Online-Beteiligungsverfahren hatten alle IHK-Mitglieder die Möglichkeit, ihre Anliegen einzubringen. Daraus ist ein wirtschaftspolitisches Handlungsprogramm für jede Kommune am Mittleren Niederrhein entstanden.

Jetzt liegt es an uns allen: Sorgen wir gemeinsam dafür, dass diese Positionen auch umgesetzt werden. Machen wir aus guten Ideen konkrete Fortschritte – für einen starken Wirtschaftsstandort Mittlerer Niederrhein.

Elmar te Neues
Präsident
der IHK Mittlerer Niederrhein

Jürgen Steinmetz
Hauptgeschäftsführer
der IHK Mittlerer Niederrhein

Krefeld 2025 – regionalökonomisches Kurzprofil

Einzelhandelsrelevante Kaufkraft
(Index D = 100)

Quelle: MB Research

Zentralitätskennziffer

Quelle: MB Research

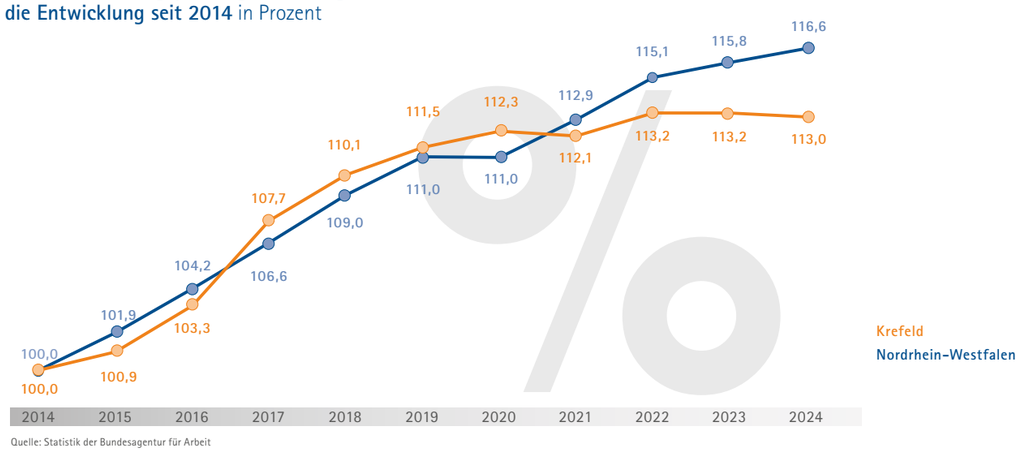
Regionale Kaufkraft

Die einzelhandelsrelevante Kaufkraft zeigt den Teil des Einkommens der privaten Haushalte, der für Ausgaben im Einzelhandel zur Verfügung steht, und zeigt damit das Nachfragepotenzial für den stationären und den Online-Einzelhandel. Der Vergleichswert für ganz Deutschland liegt bei 100.

Die Zentralitätskennziffer gibt an, ob dem örtlichen Einzelhandel Kaufkraft von überörtlichen Kunden zufließt – dann ist der Wert größer als 100 – oder ob Kaufkraft aus der Region abfließt; dann ist der Wert kleiner als 100. Diese Kennziffer kann also auf die Attraktivität des Einkaufsortes hinweisen.

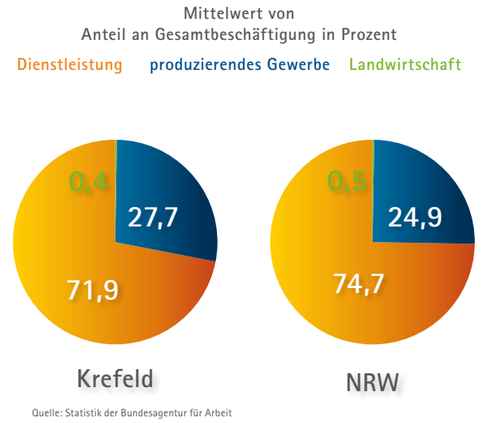
In Krefeld liegt die einzelhandelsrelevante Kaufkraft unter dem Landesdurchschnitt. Dennoch gelingt es Krefeld, merklich Kaufkraft aus dem Umland anzuziehen.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und die Entwicklung seit 2014 in Prozent



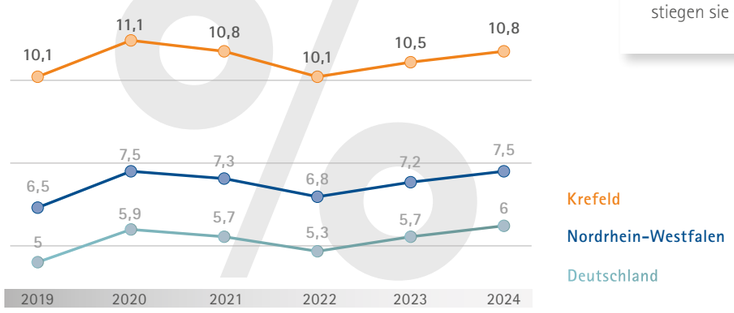
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Beschäftigte in produzierendem Gewerbe und Dienstleistungen im Verhältnis (2024)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Arbeitslosenquote in Prozent



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

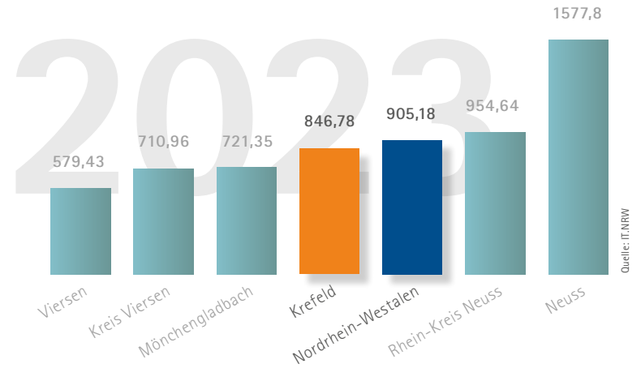
Arbeitsmarkt

In Krefeld hat sich die Zahl der Beschäftigten in den letzten zehn Jahren positiv entwickelt. Heute arbeiten in Krefeld mit knapp 96.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 13 Prozent mehr Menschen als noch 2014. Damit hat sich die Beschäftigung jedoch schlechter entwickelt im Land Nordrhein-Westfalen. Vor allem seit dem Jahr 2021 verläuft die Entwicklung unterdurchschnittlich.

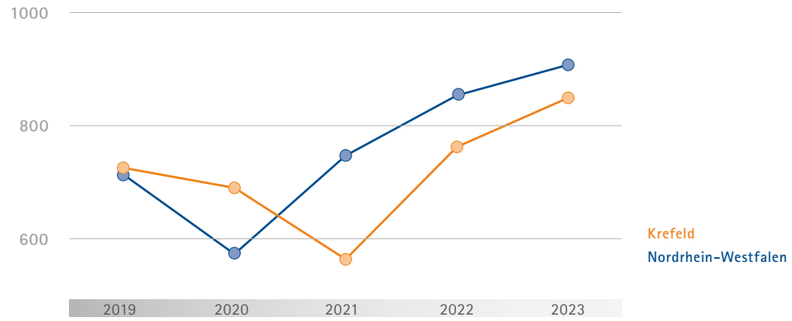
Vergleicht man die Beschäftigungsanteile in den verschiedenen Sektoren in Krefeld mit jenen im Land NRW, zeigt sich die Prägung durch das produzierende Gewerbe. 27,7 Prozent der Beschäftigten arbeiten dort. Im Dienstleistungssektor sind es 71,9 Prozent. Die Landwirtschaft hat, wie für eine größere Stadt üblich, nur eine verschwindend geringe Bedeutung.

Die Arbeitslosenquote in Krefeld ist mit 10,8 Prozent vergleichsweise hoch. Dies ist jedoch ebenfalls für größere Städte nicht ungewöhnlich. Nachdem die Zahlen nach der Corona-Pandemie zurückgegangen waren, stiegen sie seit 2022 wieder an.

Realsteueraufbringungskraft der Gewerbesteuer (je Einw.)

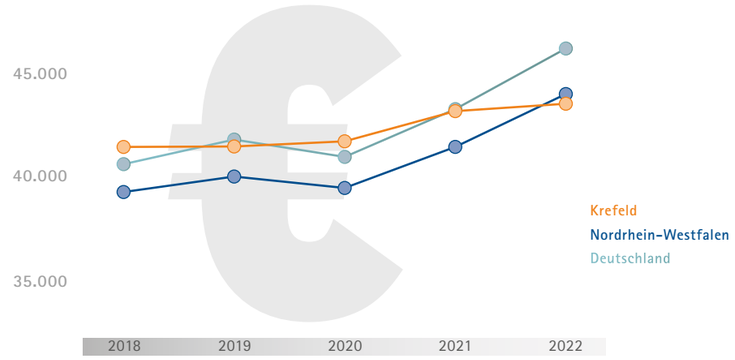


Entwicklung der Realsteueraufbringungskraft der Gewerbesteuer (je Einw.)



Quelle: IT.NRW

Bruttoinlandsprodukt (je Einwohner in jeweiligen Preisen)

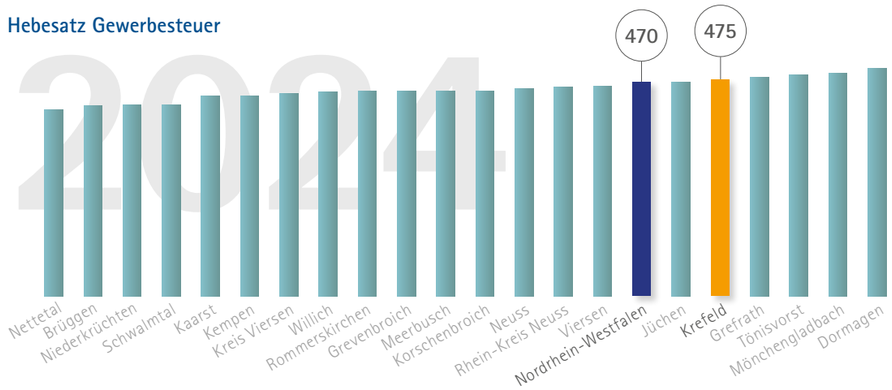


Quelle: VGR der Länder

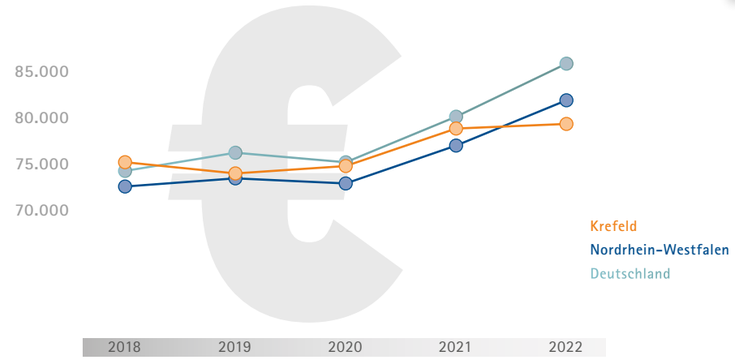
Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt liegt in Krefeld mit 43.560 Euro je Einwohner über dem NRW-Durchschnitt. In ganz Deutschland ist der Wert mit 46.300 Euro je Einwohner leicht darüber. Die Entwicklung der letzten Jahre verlief in Krefeld dabei weitgehend parallel zu NRW und Deutschland - mit Ausnahme des Jahrs 2022. Ähnlich sieht es auch bei der Produktivität aus; hier liegt man leicht unter dem Deutschland-Durchschnitt.

Hebesatz Gewerbesteuer



Produktivität (je Erwerbstätigem in jeweiligen Preisen)



Quelle: VGR der Länder

Steuerkraft

Die Realsteueraufbringungskraft der Gewerbesteuer ist ein Vergleichsmaß, das anzeigt, wie hoch die Steuereinnahmen der Kommune durch die Gewerbesteuer wären, wenn alle Kommunen in NRW denselben Hebesatz hätten. Sie macht so die Steuerkraft der Unternehmen vor Ort vergleichbar.

In Krefeld liegt die Realsteueraufbringungskraft der Gewerbesteuer unter dem NRW-Durchschnitt. Auch im Verlauf der letzten Jahre lag sie nach 2020 unter dem NRW-Wert. Dies zeigt, dass die Unternehmen in Krefeld insgesamt betrachtet weniger steuerstark sind als jene in ganz NRW.

Der Gewerbesteuerhebesatz ist in Krefeld mit 475 Punkten höher als im NRW-Durchschnitt, wobei berücksichtigt werden muss, dass die Hebesätze in NRW insgesamt schon auf einem hohen Niveau liegen.

1 Kommunale Kosten und Leistungen

Wettbewerbsfähige Grund- und Gewerbesteuerhebesätze

Die Stadt Krefeld hat weiterhin einen überdurchschnittlich hohen Gewerbesteuerhebesatz von 475 Punkten. Die leichte Senkung zum Jahr 2024 von fünf Punkten war ein gutes Signal für die Gewerbetreibenden. Die Kommune sollte perspektivisch weiterhin daran arbeiten, den Satz zumindest auf den immer noch hohen NRW-Durchschnitt zu senken. Beim Grundsteuersatz hat Krefeld zurzeit das Modell eines differenzierten Hebesatzes gewählt. Nicht-Wohngebäude werden höher besteuert als Wohngebäude. Damit muss die Wirtschaft – gemessen am Grundstückswert – höhere Grundsteuern zahlen. Dies sollte – auch aufgrund der nach wie vor hohen Rechtsunsicherheit – rückgängig gemacht werden. Krefeld sollte einen einheitlichen Grundsteuerhebesatz erheben.

Die Höhe öffentlicher Gebühren darf nicht zum Wettbewerbsnachteil von Unternehmen werden

Die Gebühren (z. B. von Abwasser) am Mittleren Niederrhein sind im Bundesvergleich überdurchschnittlich hoch. Das ist ein Wettbewerbsnachteil für die Unternehmen. Gebühren sollen kostendeckend sein. Deswegen gibt es im Einzelfall auch gute Gründe für hohe Gebühren. Die Daten deuten aber darauf hin, dass die Gebührenzahler häufig die kommunalen Haushalte quersubventionieren. Das sollte zukünftig vermieden werden.

RAL-Gütezeichen „Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung" – Zertifizierung erwerben und dauerhaft sichern

Die Stadtverwaltung Krefeld hat in der vergangenen Wahlperiode ihre Bemühungen intensiviert, das Zertifikat der „Mittelstandsorientierten Kommunalverwaltung" zu erwerben. Sie ist seit 2021 Mitglied der Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen e. V. Das Zertifikat konnte bislang (Stand: Mai 2025) noch nicht erworben werden. Die Stadtverwaltung sollte kurzfristig alle Maßnahmen ergreifen, um das Zertifikat zu erhalten. Anschließend sind Maßnahmen zu ergreifen, um dies auch dauerhaft zu sichern. Schließlich sorgt etwa die ungünstige Baukonjunktur zurzeit für weniger Bauanträge. Die Kriterien müssen auch während guter konjunktureller Bedingungen eingehalten werden. Das Zertifikat ist wichtig. Es ist ein gutes Signal nach außen, das zeigt, dass die Kommune wirtschaftsfreundlich arbeitet.

Krefelder Verwaltung: Es braucht eine „Fast Lane" für die Wirtschaft

Ob KfZ-Zulassungsstelle, Bauverwaltung oder Ausländerbehörde: Für wirtschaftliche Belange braucht es eine „Fast Lane" in der Krefelder Verwaltung. Die Unternehmen sind von der Bürokratie durch die EU und den Bund gelähmt. Verwaltungen, die ihren lokalen Unternehmen einen schnelleren Zugang bieten, sorgen damit für einen Standortvorteil ihrer Wirtschaft.

Personelle und finanzielle Ausstattung in wirtschaftsnahen Bereichen sicherstellen

In allen wirtschaftsnahen Bereichen der Krefelder Verwaltung sollte die personelle Ausstattung sichergestellt werden. Die Bereiche müssen personell quantitativ und qualitativ gut besetzt sein, um die anstehenden Herausforderungen zu bewältigen. Engpässe wie z. B. Anfang des Jahrzehnts im Gewerbeamt dürfen sich nicht wiederholen.

Starke Wirtschaftsförderungen notwendig

Auch die Wirtschaftsförderung bzw. das Wirtschaftsdezernat sollte über ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen verfügen. Die Wirtschaftsförderung ist zwar haushaltstechnisch eine freiwillige Leistung, aber es sind insbesondere die Unternehmen, die durch Gewerbesteuerzahlungen und Arbeitsplätze für die finanzielle Stabilität einer Kommune sorgen. Dabei sollte eine Hauptaufgabe immer sein, dass die Mitarbeitenden die Brücke zwischen der Wirtschaft und weiteren Einheiten der Kommunalverwaltung sind. Die Wirtschaftsförderung sollte das Angebot vorhalten, Unternehmen mit einem Anliegen, das auch andere Ämter (Ordnungsamt, Bauamt, Integrationsamt) betrifft, innerhalb der Verwaltung zu vermitteln – im Sinne einer One-Stop-Agency. Das führt dazu, dass der Unternehmer nur einen Ansprechpartner hat. Die Wirtschaftsförderung sollte die Unternehmen auf dieses Angebot aufmerksam machen (beispielsweise durch ihre Homepage, Unternehmensbesuche, Unternehmerfrühstücke). Das Angebot sollte im Besonderen Existenzgründer und ansiedlungsinteressierte Unternehmer ansprechen.

Kundenfreundliche Kommunikation der Verwaltung – Dienstleistungsmentalität der Mitarbeitenden verbessern

Unternehmer berichten zum Teil darüber, dass die Kommunikation mit der Kommunalverwaltung verbesserungswürdig sei. Wichtig ist, dass Unternehmerinnen und Unternehmer zeitnah eine Rückmeldung zu ihrem Anliegen erhalten. Die Betriebe fordern, dass sie statt zu hören, dass etwas nicht geht, gesagt bekommen, wie etwas gehen könnte. Die Dienstleistungsmentalität der Mitarbeitenden muss weiter erhöht werden. Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter müssen entscheidungsfreudiger werden. Das Absichern führt nach der Wahrnehmung von Unternehmen häufig zu verzögerten Entscheidungsprozessen.

Digitalisierung der Verwaltung vorantreiben – KI nutzen

Der Digitalisierungsgrad der Krefelder Stadtverwaltung hat sich in der vergangenen Wahlperiode positiv entwickelt. Der Gewinn des Digital Awards 2024 zeigt, dass die Verwaltung auf einem guten Weg ist. Daran muss in der kommenden Wahlperiode angeknüpft werden. So beklagen insbesondere Unternehmerinnen und Unternehmer, die viel mit der Bauordnungsbehörde zu tun haben, eine unzureichende Digitalisierung. Die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen ist essenziell. Der Geschäftsverkehr zwischen der Kommune und Unternehmen muss – soweit dem im Einzelfall überörtliche Regelungen nicht entgegenstehen – komplett digital ermöglicht werden. Auch die sinnvolle Nutzung von KI sollte vorangetrieben werden – etwa wenn es um die Feststellung geht, ob Unterlagen vollständig sind oder Ähnliches.

Wirtschaftsdezernat stärken

Positiv ist, dass die Stadtverwaltung seit dem Jahr 2020 einen Wirtschaftsdezernenten hat und damit das Thema Wirtschaft im Verwaltungsvorstand stärker Berücksichtigung findet. Diese Position sollte aus unserer Sicht weiter gestärkt werden. Der Wirtschaftsdezernent sollte als gleichberechtigter Beigeordneter agieren.

Wirtschftsausschuss beibehalten

Ebenso ist positiv, dass die Stadt seit Beginn der vergangenen Wahlperiode wieder einen Wirtschaftsausschuss hat. Durch diesen Ausschuss hat sich das Band zwischen Kommunalpolitik und Wirtschaft verstärkt. Wirtschaftspolitische Belange wurden so in einem Ausschuss wieder vorberaten. Dieser Ausschuss muss in der kommenden Wahlperiode beibehalten werden.

Maximale Dauer von 40 Arbeitstagen bei Plan- und Genehmigungsverfahren bei vollständigen Unterlagen

Bei nicht vollständigen Unterlagen sollte kurzfristig eine Rückmeldung der Behörde an den antragstellenden Unternehmer erfolgen, um auf die fehlenden Unterlagen hinzuweisen. Bei vollständigen Unterlagen sollte eine Bearbeitung und Entscheidung innerhalb von 40 Arbeitstagen möglich sein. Der Status des Genehmigungsstandes sollte für die Antragsteller online einsehbar sein.

Personelle Ausstattung in den Straßenverkehrsämtern darf Logistikwirtschaft nicht behindern

Bei der Antragsbearbeitung von Groß- und Schwerlasttransporten sollten die zuständigen Verwaltungen prüffähige Anträge zeitnah bearbeiten, das Anhörungsverfahren unverzüglich durchführen und eine abschließende Entscheidung innerhalb von drei Arbeitstagen herbeiführen. Personalengpässe in den Straßenverkehrsämtern dürfen nicht zu Verzögerungen bei Logistikbetrieben, Lieferanten und Kunden führen. Für die Logistikregion Niederrhein ist dies von existenzieller Bedeutung.

4,28

Mit dieser Schulnote bewerteten die Unternehmen in Krefeld die **Plan- und Genehmigungsverfahren** bei der vergangenen Standortanalyse.

Gewerbeflächen: Überblick und Austausch mit Akteuren

Die Kommunalverwaltungen sollten einen Überblick über freie private und kommunale Gewerbeflächen und Gewerbeobjekte sowie über aktuell nicht genutzte Brachen vorhalten. Hierzu sollten sich die Verwaltungen regelmäßig mit Flächen- und Immobilienentwicklern aus der Region austauschen. Ansiedlungsinteressierten Unternehmen sollte innerhalb von 24 Stunden eine erste Rückmeldung auf eine Anfrage sowie innerhalb der ersten fünf Arbeitstage eine qualifizierte Antwort gegeben werden können. Darüber hinaus sollte bei Bedarf sogleich ein erster Gesprächstermin angeboten werden.

Rechnungen zügig begleichen

Die Kommunen sollten fällige Rechnungen der von ihnen beauftragten Unternehmen innerhalb von 15 Arbeitstagen begleichen. Dies ist ein Zeichen von Wertschätzung gegenüber den Unternehmen.

90 Mio. €

So hoch ist das **Defizit des Krefelder Haushalts** im Jahr 2025 (Prognose Mai 2025).

Haushaltskonsolidierung durch Aufgabenkritik

Die Haushaltslage der Stadt Krefeld bleibt herausfordernd. Die Probleme der Kommunen werden in den kommenden Jahren zunehmen. An einer Haushaltskonsolidierung führt kein Weg vorbei. Mit Blick auf die zu erwartenden Finanzierungsprobleme müssen Städte und Gemeinden insbesondere ihre Ausgaben reduzieren. So sollten sie weiterhin Aufgabenkritik betreiben und bei ihren Pflichtausgaben die Standards überprüfen. Dies sollte allerdings nicht zu einem undifferenzierten Personalabbau führen. Ausreichend personelle Ressourcen sollten vor allem auch in den Bereichen der Stadtverwaltung vorhanden sein, die für die Standortqualität des Wirtschaftsstandorts wichtig sind. Dadurch lassen sich Gewerbesteuererträge generieren. Wird die Wirtschaft vor Ort gestärkt, lassen sich langfristig auch freiwillige Ausgaben besser finanzieren. Klar ist auch: Die Ausweisung von weiteren Gewerbeflächen ist perspektivisch die beste Haushaltspolitik.

Interkommunale Kooperation vorantreiben

Die interkommunale Kooperation am Mittleren Niederrhein sollte weiter ausgebaut werden. Nicht nur systematische Aufgabenkritik trägt dazu bei, dass Kommunen sparen. Auch weitreichendere interkommunale Kooperationen können helfen, Kosten zu senken. Indem einzelne Gemeinden bestimmte Aufgaben auslagern, können sie sich sachlich, thematisch und personell spezialisieren. Das spart Geld. Zugleich werden Vorgänge entbürokratisiert. Letztlich führt eine solche kommunale Kooperation zu einer kundenfreundlicheren und kompetenteren Verwaltung.

Harte Standortfaktoren

Für Krefeld ist wichtig:

Klares Statement für Gewerbe- und Industriegebiete

In Krefeld nehmen die klassischen Gewerbe- und Industrieflächen 7,4 % (1026 Hektar) der gesamten Stadtfläche in Anspruch (Stichtag 31.12.2023). Das ist weniger Fläche als für Sport, Freizeit und Erholung mit 9,2 %. Um die Flächennachfrage der Wirtschaft bedienen zu können, sollten die Potenzialflächen aus dem Regionalplan Düsseldorf zeitnah in verbindliches Baurecht umgesetzt und Flächen perspektivisch gekauft werden. Krefeld hat nur noch wenig Potenzial für neue Flächenausweisungen. Umso wichtiger ist die Sicherung vorhandener Flächen. Sowohl für neue als auch für bestehende Gewerbe- und Industriegebiete sollten Nutzungsszenarien entwickelt werden, um Flächenkapazitäten effektiv nutzen und Fehlentwicklungen (auch im Umfeld) von vornherein begegnen zu können. Im Brachflächenkataster der Stadt Krefeld wurden ehemalige Gewerbe- und Industriegrundstücke erfasst und Nutzungsperspektiven ermittelt. Diese Flächen müssen für neue gewerblich-industrielle Nutzungen reaktiviert werden. Unternehmen benötigen Planungs- und Investitionssicherheit und ein klares Bekenntnis der kommunalen Entscheidungsträger, dass Flächen dauerhaft Gewerbe- und Industrieflächen bleiben

Gewerbegebiet nördlich der A44 umsetzen

Die Entwicklung des Gewerbegebiets nördlich der A44 stagniert, was für den Wirtschaftsstandort Krefeld eine verpasste Chance darstellt. Es muss ein klares und entschlossenes Engagement für die Entwicklung des Gewerbegebiets an der A44 erfolgen.

Krefelder Hafen weiterentwickeln

Der Krefelder Hafen ist ein bedeutender Standort für trimodale Logistik. Er sollte weiterhin vorrangig für Industrie- und Logistikbetriebe reserviert werden. Nachnutzungen von aufgegebenen Flächen im Hafen müssen sich an dieser besonderen Funktion des Hafens orientieren. Bei Planungen innerhalb des Hafens und in dessen Umfeld müssen die Funktion des Hafens und die Entwicklungsmöglichkeiten beachtet werden. Die Planungen dürfen sich weder tatsächlich noch rechtlich nachteilig auf den Hafen auswirken. Konzepte für die Umnutzung einzelner Flächen, beispielsweise für den Freizeitbereich, sollten mit den betroffenen Unternehmen abgestimmt werden.

Neubau der Rheinbrücke Uerdingen

Der Neubau der Rheinbrücke Uerdingen hat höchste Priorität. Die seitens des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen im Juli 2024 vorgeschlagene 2+2=4 Lösung trägt die Wirtschaft mit, wenn hierdurch eine signifikante Beschleunigung des Verfahrens erzielt wird. Der Endausbau der Bundesstraße 288 ist als durchgehend vierspurige Verbindung zwischen der Autobahn 57 bei Krefeld und der Autobahn 59 bei Duisburg auszuführen. Die Nutzbarkeit der historischen Bestandsbrücke gilt es bis zur Fertigstellung einer neuen Querung sicherzustellen.

Straßenzustand weiter verbessern

Die mangelhafte Qualität der Straßen treibt die Unternehmen um. In den vergangenen Jahren wurde das Budget zum Erhalt der Krefelder Straße erfreulicherweise erhöht. Es bleibt allerdings bei einem erheblichen Investitionsstau. Daher muss dieses Thema weiterhin höchste Priorität haben.

Ausbau der A57

Wir fordern die zügige Fortführung des durchgehend sechsspurigen Ausbaus der Autobahn 57 zwischen Köln und dem Autobahnkreuz Kamp-Lintfort.

Einsatz für die Westtangente

Das Fehlen einer leistungsfähigen Verbindung zwischen der A40 im Norden und der A44 im Süden sowie die Durchfahrtsbeschränkung für schwere Lkw auf der B9 führen zu erheblichen Verkehrsbelastungen auf dem nachgeordneten Straßennetz. Der Bau der Westtangente inklusive des Ausbaus der AS Forstwald auf die A44 würde erheblich zur Entlastung des Verkehrs beitragen. Wir setzen uns für eine Umsetzung der im Bundesverkehrswegeplan als „im weiteren Bedarf mit Planungsrecht" aufgeführten Maßnahme ein. Da es innerhalb der Wirtschaft auch Stimmen gibt, die sich um die Wohnqualität sorgen, sollte die Umsetzung mit den geringsten Einschränkungen für die Wohnqualität im Westen und Osten der Stadt erfolgen.

ÖPNV in Krefeld noch besser für die Stadt-/Umlandverkehre nutzen

Die Vorteile des ÖPNV kommen in urbanen Zentren stärker zum Tragen. Besonders wichtig ist die effiziente Ausgestaltung des ÖPNV im Kontext der herausfordernden Stadt-Umland-Verbindungen. Hier gilt es, die Angebote für die Pendlermobilität und für die Besucherverkehre weiter mit bedarfsgerechten Mobilitätslösungen zu stärken. Der ÖPNV muss zum Bindeglied zwischen Stadt und Umland werden. Der Nahverkehrsplan sollte mit zeit- und größenflexiblen Elementen (flexiblere Fahrplangestaltung, kleinere Fahrzeuge) überarbeitet werden. Die Angebote müssen an die Bedürfnisse des Berufsverkehrs angepasst werden. Das Straßenbahnnetz bietet eine leistungsfähige Grundlage für den ÖPNV in Krefeld und kann noch besser für die Stadt-/Umlandverkehre genutzt werden. Eine Option bietet dabei die Verlängerung der Straßenbahnlinie 042 bis Willich.

Räume für Radverkehr

Wenn der Radverkehr einen bedeutenden Anteil am Stadtverkehr haben soll, müssen für ihn entsprechende Räume zur Verfügung stehen. Priorität muss dabei die Sicherheit der Radfahrer haben. Für die Linienführung ist dabei vorrangig das nachgelagerte Netz zu prüfen und auf eine klare Hierarchisierung der Straßen zu achten. Besonders wichtig sind die Instandsetzung und Erhaltung der ausgewiesenen Radwege.

3,09

Mit dieser Schulnote bewerteten die Unternehmen in Krefeld die **Informations- und Kommunikationsinfrastruktur** bei der vergangenen Standortanalyse.

CityHubs für Krefeld einrichten

Die Zunahme von Lieferverkehren verschärft die bereits angespannte Verkehrssituation in Städten. Kleinere Lieferfahrzeuge und Lastenfahrräder in Kombination mit innenstadtnahen Verteilzentren, die von allen Anbietern genutzt werden, können zur Entlastung beitragen.

Flächendeckender Breitbandausbau und leistungsfähige Mobilfunknetze

Eine leistungsstarke digitale Infrastruktur, insbesondere ein flächendeckender Breitbandausbau, ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung der digitalen Transformation sowie die Entwicklung KI-gestützter Geschäftsmodelle. Für Unternehmen ist sie Grundlage für eine reibungslose Abwicklung ihrer Geschäfte. Bedeutende Voraussetzung für Zukunftstechnologien ist das leistungsfähige Mobilfunknetz. Gewerbe- und Industriestandorte sollten beim Ausbau mit Priorität behandelt werden.

Grenznähe leben

Die aktuellen Grenzkontrollen zeigen, dass die Idee der europäischen Integration (und damit auch die offenen Grenzen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit) keineswegs selbstverständlich ist, sondern durch Kooperationen stetig aufrechterhalten werden muss. Diese Kooperationen beginnen bei den Kommunen. Deshalb ermuntern wir die Städte und Gemeinden am Mittleren Niederrhein weiterhin, wirtschaftsbezogen Kooperationen – insbesondere mit den niederländischen Nachbarn – einzugehen.

Krefeld ist Industriestandort

Die verarbeitenden Unternehmen und insbesondere die energieintensiven Betriebe sind eine Stütze des Wohlstands der Seidenstadt. Deswegen sind die Anforderungen der Industrie an die Kommune im Besonderen zu berücksichtigen. Die Akzeptanz der Bevölkerung ist ein wichtiger Standortfaktor für die Industrieunternehmen. Akzeptanz von und Begeisterung für Industrie sollten von der gesamten Stadtgesellschaft und damit auch von der Kommunalpolitik und -verwaltung vorgelebt werden. Sorgen und Ängste von Bürgern dürfen nicht abgetan werden. Aber Kommunalpolitik hat die Aufgabe, diese Sorgen korrekt einzuordnen und – bei aller berechtigten Berücksichtigung von Einzelinteressen – das Gemeinwohl im Blick zu haben.

Den Ausbau der Windenergie kosteneffizient und synchronisiert vorantreiben

Der Ausbau der Windenergie sollte unter Berücksichtigung der steigenden Netzbelastung weiter forciert und stärker mit dem Ausbau von begleitenden Energieinfrastrukturen, wie Netzen und Speichern, synchronisiert werden. Um den Ausbau der Windenergie voranzutreiben, sollte geprüft werden, ob die fünf Anlagen an der Stadtgrenze zu Kempen mit einer Leistung von jeweils 0,75 MW repowert werden könnten. Zudem könnte geprüft werden, ob die Flächenpotenziale aus der LANUV-Studie als Windenergieflächen ausgewiesen werden könnten.

Flächenpolitik
Für die gesamte Region ist wichtig:

Eine zukunftsweisende Flächenpolitik

Damit sich Unternehmen weiterentwickeln können, benötigen sie Flächen, die ihren Bedürfnissen gerecht werden. Für dienstleistungs- und kundenorientierte Betriebe sind innerstädtische oder innenstadtnahe Flächen geeignet, auch ehemalige Industrieflächen mit einem Mix aus Wohnen, Handel, Dienstleistung und Handwerk. Dagegen können sich emittierende Unternehmen nur in Industriegebieten ansiedeln. Damit Betriebe am Standort wachsen können, sollten vorhandene Gebiete Erweiterungspotenziale bieten.
Neue Flächen müssen angebotsorientiert entwickelt werden. Bei der Auswahl geeigneter Flächen muss die Marktfähigkeit im Vordergrund stehen. Das gilt auch für Flächenreserven. Ungeeignete Areale sollten anders genutzt werden. Die aufgegebenen Gewerbe- und Industriegebiete müssen an anderer Stelle in der Gemeinde durch Neuausweisungen kompensiert werden.
Die Bedarfsermittlung sollte auf der Grundlage eines Monitorings erfolgen, das sich am regionalen branchenspezifischen Bedarf orientiert. Mit Blick auf den Strukturwandel im Rheinischen Revier müssen zudem Sonderbedarfe ermittelt werden. Erweiterungsflächen von bestehenden Unternehmen dürfen nicht in die Berechnung der allgemeinen Flächenreserven einfließen.
Die kommunale Liegenschaftspolitik muss darauf ausgerichtet werden, dass sie vorausschauend Flächen akquiriert. Dies gilt sowohl für die eigentlichen Bauflächen als auch für natur- oder artenschutzrechtlich erforderliche Kompensationsflächen und für landwirtschaftliche Tauschflächen. Die kommunalen Liegenschaftsabteilungen bzw. Grundstücksgesellschaften müssen mit entsprechenden Finanzmitteln ausgestattet werden.

Klares Statement für Gewerbe- und Industriegebiete

Im IHK-Bezirk Mittlerer Niederrhein nehmen die klassischen Gewerbe- und Industrieflächen 3,0 % der Gesamtfläche in Anspruch (Stichtag 31.12.2023). Das sind weniger Flächen als für Sport, Freizeit und Erholung mit 4,3 %. Unternehmen benötigen Planungs- und Investitionssicherheit und ein klares Bekenntnis der kommunalen Entscheidungsträger zu den Flächen, die dauerhaft als Gewerbe- und Industrieflächen gesichert bleiben.

Flächenkonkurrenzen vermeiden

Gewerbe- und Industriegebiete müssen vor konkurrierenden Nutzungen, vor allem vor heranrückender Wohnbebauung, geschützt werden. Werden im Umfeld von Gewerbe- und Industriegebieten Wohnungen geplant, muss das Vorhaben mit den Unternehmen abgestimmt werden. Gleiches gilt für die Planung und Entwicklung von Natur- und Artenschutzmaßnahmen. Neuplanungen auf ehemaligen Gewerbearealen sollten vorrangig eine gewerbliche Folgenutzung zum Ziel haben. In innerstädtischen Gebieten kann es sinnvoll sein, auf ehemaligen Gewerbearealen eine stärkere Nutzungsmischung zu realisieren. In Mischgebieten und urbanen Gebieten ist eine wahrnehmbare Durchmischung von Wohnen, Arbeiten, Versorgung, Bildung, Kultur und Sport umzusetzen. Mischgebiete oder urbane Gebiete in der Nachbarschaft von gewerblichen Arealen dürfen keine vorrangige Wohnbauentwicklung verfolgen, um immissionsschutzrechtliche Konflikte dauerhaft zu vermeiden.

Regionalplan Düsseldorf umsetzen

Der Regionalplan Düsseldorf weist eine Vielzahl neuer Flächen für die Wirtschaft aus. Diese Flächen müssen in verbindliches Planungsrecht umgesetzt und dem Markt zur Verfügung gestellt werden. Nur so lassen sich die Ziele des Regionalplans auch in Flächenangebote für die Wirtschaft umsetzen.
Im Regionalplan Düsseldorf sind vier „Premiumflächen" für Logistik und Produktionsunternehmen dargestellt, die der Deckung des regionalen Bedarfs dienen und auch mit entsprechenden Zweckbindungen versehen wurden:

- Interkommunales Gewerbegebiet Mönchengladbach / Viersen „Mackenstein"
- Interkommunales Gewerbegebiet Dormagen / Neuss „Silbersee"
- Interkommunales Gewerbegebiet Grevenbroich / Jüchen „A540"
- Ehemaliger Militärflughafen Niederkrüchten/Elmpt

Diese Flächen müssen in der kommunalen Planung und Vermarktung entsprechend der regionalen Zielsetzung entwickelt werden.

3,0 %

beträgt der **Anteil der klassischen Industrie- und Gewerbeflächen** an der Gesamtfläche.

Nachhaltige Gewerbegebiete entwickeln und betreiben

Nicht nur Start-ups, sondern auch Unternehmen mit moderner Mitarbeiterführung suchen zunehmend Standorte in nachhaltigen Gewerbegebieten. Dort werden soziale, ökonomische und ökologische Belange innerhalb eines gewerblich genutzten Quartiers in Einklang gebracht. Dazu gehören unter anderem eine erhöhte Ausnutzung der zur Verfügung stehenden Fläche, ein multimodales Mobilitätskonzept, eine verbesserte Aufenthaltsqualität für Mitarbeiter, gemeinschaftlich nutzbare Einrichtungen wie Paketstationen, Carsharing-Angebote, gastronomische (Catering-)Angebote, Kindertagesstätten, zentrale E-Ladesäulen und Co-Working-Spaces. In nachhaltigen Gewerbegebieten endet die Verantwortung der Verwaltung nicht mit der Planung und dem Verkauf der Grundstücke. Eine digitale Dateninfrastruktur, die sich flexibel an geänderte Anforderungen anpassen lässt, sowie die energetische und treibhausgasreduzierte Optimierung durch Ausnutzung von Synergien werden ebenso erwartet.

Gewerbeflächenmanager einsetzen

Eine aktive Gewerbeflächenpolitik ist unverzichtbar. Die Kommunen sollten daher in Ergänzung zu den kommunalen Wirtschaftsförderungen einen speziellen Manager für Gewerbegebiete engagieren. Dieser sollte, analog zum Klimaschutzmanager, die involvierten Fachbereiche bei der Neuplanung und Umplanung von Gewerbegebieten, bei Grundstücksverhandlungen, bei gewerblich-industriellen Reaktivierungs- und Nachverdichtungsprojekten sowie bei der Transformation der Gebiete in Richtung Klimaneutralität unterstützen.

Unternehmen und Fachkräfte sichern

Die Schaffung von Wohnraum für alle Einkommensschichten ist für die Wirtschaft von großer Bedeutung. Ohne ausreichenden Wohnraum für Fachkräfte können Ausbildungs- und Arbeitsplätze nicht besetzt werden und Unternehmen nicht wachsen. Innovative Konzepte für Beschäftigtenwohnen sollten durch die Kommunen unterstützt werden. Neue Wohnnutzungen müssen dabei so platziert werden, dass sie weder den Bestand noch die Entwicklungsmöglichkeiten der Gewerbe- und Industriegebiete beeinträchtigen. Nur so lassen sich Gewerbe- und Industriegebiete nachhaltig für künftige Generationen sichern.

Kompensationsmaßnahmen flächensparend gestalten

Kompensationsmaßnahmen, also Maßnahmen, die einen Eingriff in Natur und Landschaft an anderer Stelle ausgleichen sollen, sind für viele Unternehmen ein finanzielles Problem. Sie sind zudem sowohl für die kommunale Planung als auch für die Planverfahren zum Ausbau der erneuerbaren Energien eine Hürde. Zudem ist mit ihnen häufig eine zusätzliche Flächeninanspruchnahme im Freiraum verbunden, die den Kampf um das knappe Gut Boden verschärft. Deshalb müssen Kompensationsmaßnahmen flächensparend geplant und umgesetzt werden.
Mit dem Umbau der Energieversorgung geht auch der Neubau von Leitungstrassen einher. Die Kompensation der erforderlichen Eingriffe für diese Trassen wird erschwert, da die einzelnen Landschaftsbehörden in den Kreisen und kreisfreien Städten unterschiedliche Bewertungsverfahren zur Ermittlung des Eingriffs und seiner Kompensation fordern. Die Bewertungsverfahren sollten über die Kreis- bzw. Stadtgrenzen hinweg einheitlich anerkannt werden.
Multifunktionale Maßnahmen, die gleichzeitig dem Gewässerschutz, dem Natur- und Artenschutz, dem Landschaftsbild und der Erhaltung der Biodiversität zugutekommen, sollten von den Landschaftsbehörden der kreisfreien Städte und der Kreise stärker anerkannt werden.
Die Landschaftsbehörden sollten zudem den ursprünglichen Grundgedanken der Ökopunkte-Konten stärker in den Fokus rücken. Ökopunkte sollten losgelöst von der Funktion der eigentlichen Eingriffsfläche eingesetzt und angerechnet werden können.

Verkehrspolitik
Für die gesamte Region ist wichtig:

Ausbau, Erhaltung und Sanierung von Straßen und Brücken

Der Investitionsstau bei Straßen muss aufgelöst und notwendige Sanierungen müssen zügig umgesetzt werden. Bei den aktuellen Bemühungen um die Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit der Rheinquerungen darf der Schwerpunkt nicht allein auf die Autobahnbrücken gelegt werden. Insbesondere für die marode Uerdinger Rheinbrücke und die Josef-Kardinal-Frings-Brücke muss ein jeweils erforderlicher Ersatzneubau prioritär forciert werden. Die Wirtschaft ist auf schwerlastfähige Rheinquerungen angewiesen.

Kapazitätserweiterung durch Neubau

Die im Bundesverkehrswegeplan beschriebenen Maßnahmen zur Kapazitätserweiterung sollten zeitnah in Angriff genommen werden.

Sicherung von Schwerlastrouten

Im Zuge der Energiewende sind zahlreiche Großraum- und Schwerlasttransporte mit bis zu 500 Tonnen erforderlich. Beispielsweise werden Transformatoren und Elemente von Windkraftanlagen von den zum Teil innerstädtischen Produktionsstandorten in unserer Region zur Verladung in den Krefelder Hafen gebracht. Für die Produktionsbetriebe ist es dabei existenziell, dass sie auch in Zukunft erreichbar sind. Deshalb müssen entsprechende Korridore und Alternativrouten für die Großraum- und Schwerlasttransporte in den kommunalen bis überregionalen Planungen gesichert werden.

Lkw-Parkplätze ausbauen

Die Anzahl der Lkw-Parkplätze halten trotz getätigter Ausbaumaßnahmen nicht mit dem aktuellen und zukünftig prognostizierten Bedarf Schritt. Weitere sichere Abstellmöglichkeiten inklusive sanitärer Einrichtungen müssen vom Bund entlang der wichtigen Verkehrsachsen geschaffen werden. Auch in den Gewerbe- und Industriegebieten gilt es, die Wachstumsbedarfe abzudecken. Auch die zusätzliche Ausstattung mit E-Ladeinfrastruktur und entsprechenden Kapazitäten für BEV-Lkw ist hierbei zu berücksichtigen.

Baustellenmanagement

Die Wirtschaft ist auf ein funktionsfähiges Verkehrssystem angewiesen. Dies umfasst Wirtschaftsverkehre, Mitarbeitende und Kunden gleichermaßen. Baustellen sind in diesem Kontext ein notwendiges Übel. Grundsätzlich kann sich die Wirtschaft auf Baustellen einstellen – am besten, wenn diese frühzeitig und klar angekündigt sind und einen fest definierten Zeitraum umfassen. Grundsätzlich begrüßen wir, Unternehmen frühzeitig in bevorstehende Baumaßnahmen einzubinden. Dies gilt insbesondere bei jenen Vorhaben, bei denen die Erreichbarkeit von Unternehmen konkret eingeschränkt wird. Über ein effektives, d. h. sinnvoll getaktetes und abgestimmtes Baustellenmanagement gilt es, Baumaßnahmen baulastenträger-übergreifend zu koordinieren. Umleitungsverkehre sind vorausschauend und abgestimmt einzurichten. Auch hier sind die Möglichkeiten der Digitalisierung übergreifend einzusetzen.

30.464

sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Mittleren Niederrhein **arbeiten im Wirtschaftszweig „Verkehr und Lagerei".**

Fahrwassertiefe des Rheins – Investitionen erforderlich

Kein Verkehrsträger ist derart von der Witterung abhängig bzw. von den Folgen klimatischer Veränderungen betroffen wie die Binnenwasserstraße. Ausbleibendes Gletscherschmelzwasser und Rekorddürresommer wie 2018 und 2022 beeinflussen den Wasserstand des Rheins und damit die Befahrbarkeit immens. Damit die Potenziale des Rheins von Basel bis zur Nordsee bestmöglich gehoben werden können, bedarf es Investitionen in die Infrastruktur. Diese dienen der Resilienz der Wasserstraße und der Schaffung von verlässlichen Bedingungen. Konkret gilt es, die in Teilen bereits begonnene Maßnahme aus dem Bundesverkehrswegeplan 2030, der Sohlenstabilisierung und Abladeoptimierung zwischen Duisburg und Neuss auf eine einheitliche Fahrrinnentiefe von 2,80 m bzw. 2,70 m zwischen Neuss und Stürzelberg allumfassend umzusetzen.

Flughafen Mönchengladbach entwickeln

Am Standort Mittlerer Niederrhein hat sich der Innovationsflughafen Mönchengladbach (MGL) mit fast 50.000 Flugbewegungen pro Jahr zu einem der größten General Aviation Airports in Deutschland entwickelt; er hat sich insbesondere bei Flugschulen und Wartungsunternehmen etabliert. Zudem ist MGL Vorreiter in den beiden zukunftsträchtigen Themenfeldern der Dekarbonisierung der Luftfahrt sowie dem Einsatz von Drohnen. Die Entwicklung des Innovationsflughafens Mönchengladbach gilt es voranzutreiben sowie das umgebende Gewerbeareal für flughafenaffines Gewerbe zu stärken.

S-Bahn-Netz in der Region verbessern

Wir fordern die Umsetzung der elektrifizierten zweigleisigen S 6 Köln–Grevenbroich–Mönchengladbach. Zudem sollte die Infrastruktur der S 12 / Erftbahn mit Verlängerung (zweigleisig und elektrifiziert) von Kerpen-Horrem über Bergheim, Bedburg, Grevenbroich, Neuss bis Düsseldorf optimiert werden.

Revierbahn realisieren

Durch a) Elektrifizierung und zweigleisigen Ausbau zwischen Neuss und Bedburg (Revierbahn-Ost) sowie b) den Neubau zwischen Bedburg und Aachen (Revierbahn-West) hat eine durchgehende Revierbahn Potenzial, das entscheidende Infrastrukturprojekt im Rheinischen Revier zu werden. Als doppeltrassige elektrifizierte und zugleich frachtfähige Schienenverbindung zwischen der Rheinschiene und Aachen schafft diese Verbindung neue Potenziale für Pendlerverkehre innerhalb der Strukturwandelregion. Zudem schafft die Revierbahn Resilienz in Bezug auf die Seehafenhinterlandverkehre zwischen der Rheinschiene und den ZARA-Häfen, insbesondere Richtung Antwerpen–Brügge. Diese zusätzliche Kapazität trägt entscheidend zur notwendigen Entlastung der bestehenden Bahn- und Autobahnkorridore zwischen Aachen und der Rheinschiene bei.

Strategien für die Mobilität der Zukunft entwickeln und vorantreiben

Der demografische Wandel, die Veränderungen der wirtschaftlichen Strukturen und Rahmenbedingungen sowie die Anforderungen des Umwelt- und Gesundheitsschutzes haben auch Einfluss auf die Stadt- und Verkehrsplanung. Deshalb müssen die Kommunen nachhaltige Strategien für die Mobilität der Zukunft entwickeln und umsetzen. Zur Stärkung der E-Mobilität sollte die flächendeckende Einrichtung von Ladesäulen im Sinne einer Angebotsoffensive vorangetrieben werden.

Potenziale der Digitalisierung nutzen

Die Potenziale der Digitalisierung sind auch im innerstädtischen Kontext zu nutzen. Smarte, digitale und aufeinander abgestimmte Ampelschaltungen können dabei helfen, den Verkehr in Stoßzeiten anforderungsgerecht zu steuern und Staubildungen zu minimieren. Intelligente und übersichtliche Parkleitsysteme reduzieren den Parksuchverkehr und führen schneller ans Ziel, was den Besuch in der Innenstadt attraktiv machen kann.

Potenziale des Radverkehrs innerorts stärken

Die Potenziale des Radverkehrs, der durch den zunehmenden Batterieantrieb hinsichtlich Geschwindigkeit und Reichweite an Einsatzfähigkeit gewonnen hat, gilt es auch innerorts zu stärken. Mittels klarer und zusammenhängender Linienführungen im vorhandenen Straßenraum können weitere Berufspendler, Freizeitfahrer und auch Innenstadtkunden auf das Rad wechseln. Für diese Linienführung ist vorrangig das nachgelagerte Netz zu prüfen und auf eine klare Hierarchisierung der Straßen zu achten. Bedeutsam, sowohl bei Rad- als auch Fußwegebeziehungen, sind eindeutige, fortlaufende Abschnitte, die den Nutzenden eine hohe Verkehrssicherheit gewährleisten.

Bahnhöfe attraktiv gestalten

Zur Attraktivierung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) sind attraktive Bahnhöfe sowie zusätzliche Haltepunkte notwendig. Eine ausreichende Zahl an Park-and-Ride-Plätzen an den Bahnhöfen ist wichtig, um das Pendeln der Mitarbeiter zu den Unternehmen sicher und verlässlich zu gestalten.

ÖPNV-Anbindung von Gewerbegebieten verbessern

Selbst mitarbeiterstarke Gewerbeareale – beispielsweise die Häfen in Krefeld und Neuss, aber auch große Gewerbegebiete wie Viersen-Mackenstein – leiden unter schwacher bis nicht vorhandener ÖPNV-Anbindung. Für diese, aber auch für Gewerbegebiete im ländlichen Raum gilt es, adäquate, zukunftssichere Mobilitätsalternativen (z. B. On-Demand-Systeme) zum Auto zu finden.

3 Innenstadt und Handel

Stärkungspaket Innenstadt: Aktivitätslevel beibehalten, konsequent nachschärfen

In den vergangenen Jahren haben Politik und Verwaltung mit dem Stärkungspaket Innenstadt die Investitionen in die Krefelder Innenstadt deutlich erhöht. Mit dem Stärkungspaket Innenstadt 2.0 wird das hohe Aktivitätslevel beibehalten. Dies ist positiv. Insbesondere die Aufenthaltsqualität bedeutender Krefelder Plätze sollte angegangen werden. Es hat sich deutlich gezeigt, dass die Programme regelmäßig nachgeschärft werden müssen. Die gute Zusammenarbeit der Stadtverwaltung mit den Innenstadtakteuren sollte daher unbedingt beibehalten werden. Insbesondere das subjektive Sicherheitsgefühl und die Sauberkeit der Straßen in der Innenstadt und in den Ortszentren sind von Bedeutung, um die Innenstadt und die Stadtteilzentren als Visitenkarte des Wirtschaftsstandorts zu stärken. Dazu bedarf es kurzer Reinigungsintervalle und eines gut ausgestatteten kommunalen Ordnungsdienstes.

Aktives Leerstandsmanagement erforderlich

Das Leerstandsmanagement in Krefeld sollte in Abstimmung mit den örtlichen Immobilienmaklern noch weiter professionalisiert werden. Immobilieneigner sollten aktiv in den Prozess eingebunden werden, leerstehende Immobilien für eine zukünftige Nutzung attraktiv zu gestalten.

Erlebnisse schaffen – privates Engagement fördern

Eine Aufwertung wird der Handel vor allem dann erhalten, wenn Erlebnisse geschaffen werden – zum Beispiel in Form von Veranstaltungen. Dazu sollte das Stadtmarketing Krefeld weiterhin den Fokus auf Aktivitäten in der Innenstadt und den Ortszentren legen. Auf der anderen Seite sollte privates Engagement (weiterhin) gefördert werden. Die digitale Anmeldung von Veranstaltungen wird von den Unternehmen sehr positiv bewertet; für kleine Veranstaltungen ist die Abfrage jedoch sehr umfangreich.

Werbegemeinschaften sowie Immobilien- und Standortgemeinschaften unterstützen

Insbesondere die Arbeit von Werbegemeinschaften und Gewerbevereinen sollte in den Bereichen Organisation, Marketingaktivitäten, Stadtfeste und Aktionen stärker unterstützt werden. Diese Wertschätzung beschränkt sich nicht nur auf den Handel, sondern sollte die Immobilieneigentümer einschließen. Wir empfehlen den Kommunen, partnerschaftlich mit Immobilien- und Standortgemeinschaften zusammenzuarbeiten.

Erreichbarkeit der Innenstädte und Ortszentren sicherstellen

Die Innenstadt muss sowohl mit dem Pkw und mit öffentlichen Verkehrsmitteln als auch für den übrigen Individualverkehr erreichbar sein. Umweltzonen, Lärmschutzvorgaben und Parkgebühren dürfen die Kunden nicht von den Innenstädten fernhalten. Die ÖPNV-Verbindungen müssen so gestaltet sein, dass die Innenstadt und Ortszentren problemlos erreicht werden können.

Parkmöglichkeiten bereitstellen und Parkgebühren gering halten – smarter werden

Für das Hauptverkehrsmittel Auto müssen ausreichende und intelligente Parkraumkonzepte entwickelt werden. Dabei sollte die Qualität des Parkplatzangebots mit den Parkgebühren im Einklang stehen. Parksuchverkehre sollten durch digitale Parkleitsysteme minimiert werden. Auch für die übrigen Verkehrsteilnehmer ist die bequeme und sichere Erreichbarkeit der Innenstädte von großer Bedeutung. Fahrradfreundlichkeit und Barrierefreiheit sind wichtige Kriterien für die Stadt- und Verkehrsplanung. Damit geht ein Konzept für Fahrradparkplätze einher. Bei der Erhebung der Parkgebühren sollten möglichst alle Bezahlmethoden (online, bar, Kartenzahlung) angeboten werden.

Sondernutzungsgebühren gering halten

Eine attraktive Außengastronomie sorgt auch für die Belebung der Innenstädte. Die Verwaltung kann die Gastronomen mit vielen kleineren Maßnahmen unterstützen. Unter anderem sollten Sondernutzungsgebühren so gering wie möglich gehalten werden. Die Entgelte für sogenannte Sondernutzungen im Bereich der Außengastronomie waren in der Wahlperiode 2020–2025 ausgesetzt. Diese sollte in der neuen Wahlperiode fortgeführt werden. Schließlich leidet die Gastronomie weiterhin unter der Konsumzurückhaltung der Bevölkerung.

37.370

sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Mittleren Niederrhein **arbeiten im Einzelhandel.**

Normen-Screening

Wir empfehlen ein Update der kommunalen Satzungen und Verordnungen: ein Normen-Screening mit dem Ziel, versteckte Potenziale und unnötige Barrieren der Innenstadtentwicklung aufzufinden und sie zukünftig zu nutzen beziehungsweise abzubauen. Das verwaltungsrechtliche Screening aller für die Entwicklung der Stadtzentren relevanten kommunalen Regelungen könnte eine kostengünstige Förderung der Innenstadtentwicklung sein.

Fördermittel des Landes nutzen

Das Land Nordrhein-Westfalen initiiert gezielt Förderprogramme, um die Attraktivität und Lebendigkeit der Innenstädte zu steigern. Diese Programme bieten finanzielle Unterstützung für Projekte, die zur Belebung und Modernisierung der Zentren beitragen. Die Kommunen sind dazu angehalten, die Programme auf ihre Eignung für lokale Bedürfnisse und Vorhaben zu prüfen. Ziel ist es, den wirtschaftlichen und sozialen Wandel der Innenstädte aktiv zu gestalten und ihre Zukunftsfähigkeit zu sichern.

Nutzung flexibilisieren – Fokus auf Gewerbe

Die Leerstandsquote in Krefeld ist hoch. Deshalb sollte zeitnah diskutiert werden, welche Bereiche in der Krefelder Innenstadt weiterhin ausschließlich dem Handel zur Verfügung stehen sollten und in welchen Bereichen perspektivisch alternative Nutzungen ermöglicht werden könnten. Diese Debatte sollte gemeinsam mit dem Handel und der Immobilienwirtschaft geführt werden. Priorität sollte weiter die Nutzung durch das Gewerbe haben.

Kommunikation mit Eigentümern von Schandimmobilien intensivieren

Schandimmobilien sorgen dafür, dass die Attraktivität der Innenstadt nicht mehr gewährleistet ist. Die Kommune sollte die Kommunikation mit den entsprechenden Eigentümern suchen und Lösungsmöglichkeiten eruieren. Dabei sollten auch sinnvolle Nutzungsänderungen diskutiert werden.

Wirtschaftliche Betätigung der Städte und Gemeinden als Ultima Ratio

Die wirtschaftliche Betätigung von Städten und Gemeinden sollte die Ultima Ratio bleiben. Problematisch wird dies im Innenstadtkontext, wenn die Kommunen bzw. kommunale Töchter zum Beispiel als Verpächter von Gaststätten auftreten und Pachten unterhalb des marktüblichen Preises verlangen.

Kommunikation zwischen der Verwaltung und den Innenstadtakteuren stärken

Ob aktuelle Hinweise zur Sauberkeit, Sicherheit, zu Gestaltungsideen oder Veranstaltungen: Es ist von großer Bedeutung, dass Unternehmen und die Mitarbeitenden in der Verwaltung miteinander sprechen. Wir empfehlen in allen Kommunen eine Stärkung der Kommunikation zwischen den Verwaltungen und den Innenstadtakteuren. Es empfiehlt sich, dass sich Verwaltung und Innenstadtakteure monatlich oder quartalsweise austauschen.

Kommunikation beteiligter Verwaltungseinheiten untereinander verbessern

Stadtmarketing, Bauordnungsamt, Ordnungsamt – die Innenstadtakteure sind auf das Zusammenspiel vieler Verwaltungseinheiten angewiesen, wenn es etwa um die Durchführung von Stadtfesten oder ähnlichen Aktionen geht. Dabei ist es von grundlegender Bedeutung, dass auch innerhalb der Verwaltung gut miteinander kommuniziert wird. Häufig gibt es Reibungsverluste, weil die Kooperation der öffentlichen Ämter untereinander Verbesserungspotenziale bietet.

Maßnahmen entwickeln, um studentisches Leben in der Innenstadt zu etablieren

Krefeld ist ein Hochschulstandort. Studentisches Leben ist in der Innenstadt jedoch kaum sichtbar. Daher ist es sinnvoll, dass die Hochschule Niederrhein in der Innenstadt sichtbar ist.

Theaterplatz beleben

Der Theaterplatz muss durch vielfältige Aktionen belebt werden. Der Platz hat als Kulturstandort mit Mediothek und Theater sowie als Eingangstor zur Innenstadt großes Potenzial. Die Aufenthaltsqualität sollte gesteigert werden.

Umfeld des Hauptbahnhofs gestalten

Der Hauptbahnhof Krefeld ist das Einfallstor zur Krefelder Innenstadt, auch ohne direkte Verbindung zur Haupteinkaufsstraße. Der Bahnhof sollte perspektivisch die Funktion eines Mobilitäts-Hubs erlangen. Insbesondere im Bahnhofsumfeld sollten unsichere Räume abgebaut werden. Sicherheit und Ordnung sind wichtige Stellschrauben zur positiven Belebung des Bahnhofsumfelds.

4 Bildung und Fachkräfte

43 %

der Unternehmen in der Region sehen im **Fachkräftemangel ein wesentliches Risiko** für die eigene Geschäftstätigkeit.

Duale Ausbildung stärken

Alle Akteure sollen für das Erfolgsmodell der dualen Ausbildung werben. Dabei werden sowohl leistungsstarken als auch praxisbegabten Schülern und Schülerinnen gezielt die Vorteile der beruflichen Bildung aufgezeigt. Die Berufsorientierung soll flächendeckend in allen Schulformen und konsequent in den Unterricht integriert stattfinden.

Berufsschulen stärken

Die Stadt Krefeld als Träger ihrer Berufsschulen steht mit in der Verantwortung, attraktive Lernorte zu schaffen. Das ist ein Faktor, um die duale Berufsausbildung zu stärken. Dafür ist es unabdingbar, dass die Schulen in einem guten Zustand sind. Für Ausbildungsunternehmen, aber auch für die Azubis spielt die Digitalisierung an Berufsschulen eine immer größere Rolle. Dies gilt für die Digitalisierung als Unterrichtsthema sowie für das Lernen mit digitalen Medien. Doch gerade bei diesem sehr wichtigen Aspekt fällt die Bewertung der Berufsschulen in unserer 2024 vorgestellten Studie eher negativ aus. Deswegen wünschen sich die Ausbildungsunternehmen mehr Investitionen in die IT-Infrastruktur und die Hardware.

Wirtschaft und Arbeitsleben als festen Themenbestandteil in den Schulalltag integrieren

Wirtschaft und Arbeitsleben müssen als Themen fest in den Schulalltag integriert werden. Hospitationen der Lehrer und Lehrerinnen in Unternehmen sind hilfreich, um praxisnahe Informationen zu aktuellen Entwicklungen vermitteln zu können. Kommunale Akteure können dabei vermitteln und gestalten.

Investitionen in Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf kann zu mehr Beschäftigung und Unternehmertum führen. Es gilt, das Betreuungsangebot für Kinder nochmals auszuweiten (Kindertagesstätten), die Nachmittags- und Ferienbetreuung für Schulkinder auszubauen, beim Thema Pflege Freiraum für flexible, individuelle Lösungen zu schaffen sowie Informationen anzubieten, um die Familienpflegezeit stärker zu etablieren.

Industrie- und Handelskammer
Mittlerer Niederrhein

Impressum

Herausgeber:
Industrie- und Handelskammer
Mittlerer Niederrhein
Nordwall 39
47798 Krefeld

Ansprechpartner/Redaktion:
Gregor Werkle
Leitung Wirtschaftspolitik
Tel.: 02151 635-353
E-Mail: gregor.werkle@mittlerer-niederrhein.ihk.de

Gestaltung:
Jutta Stein
Tel.: 02151 635-354
E-Mail: jutta.stein@mittlerer-niederrhein.ihk.de

Bildnachweise:
Titelfoto: Felix Küster, felixkuester.de
S. 4: artmozai, S. 8: ZeNDaY (Adobe Stock), S.1o: taweesak (Adobe Stock), S. 12: IBEX.Media (Adobe Stock), S. 13: Mathias Weil (Adobe Stock), S. 14: Christian Schwier (Adobe Stock), S. 15: Seak (Adobe Stock), S. 17: TensorSpark (Adobe Stock), S. 19: TensorSpark (Adobe Stock), S. 21: TensorSpark (Adobe Stock), S. 22: Emanuel (Adobe Stock), S. 24: rh2010 (Adobe Stock), S. 25: PPstock (Adobe Stock), S. 24: Rawpixel.com (Adobe Stock), S. 25: Pădureț Dan-Cristian (Adobe Stock), S. 29: DigitalMagicVisions (Adobe Stock), S. 30: lashkhidzetim (Adobe Stock), S. 31: Irina (Adobe Stock)

Stand:
Juni 2025

Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise –
ist nur mit ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Ihre IHK Mittlerer Niederrhein vor Ort

Nordwall 39
47798 Krefeld
02151 635-0
ihk@mittlerer-niederrhein.ihk.de

Bismarckstraße 109
41061 Mönchengladbach
02161 241-0
ihk@mittlerer-niederrhein.ihk.de

Friedrichstraße 40
41460 Neuss
02131 9268-0
ihk@mittlerer-niederrhein.ihk.de